

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

Sozial-Veränderung.

Am 12. Mai 1880 übersiedelt die Redaktion,
Administration und Expedition des Partei-Organs
„Die Zukunft“

V., Hundsthurmerstrasse Nr. 89,
2. Stg., 1. St., Th. 15,

wohin alle Zuschriften und Geldsendungen, welche
dieselben betreffen, zu richten sind.

„Unklarheit der Ideen“.

Mit diesem Komplimente beehrte uns erst neulich das
Organ der konservativen Majorität, das hiesige „Water-
land“ und geriet hieburch mit einem seiner talentvollsten
Mitarbeiter, der in früheren Zeiten immer das Gegen-
teil obigen Komplimentes auf uns anzuwenden pflegte,
in einigen Widerspruch. Allein auf Lob oder Tadel der
gegnerischen Presse kommt es uns ja gar nicht an und
wenn wir heute auf den Vorwurf des „Waterland“, wo-
nach bei uns „Unklarheit der Idee vorherrscht“, eingehen,
so geschieht dies nur mit Rücksicht auf die Leser unseres
Blattes. Es geht eben mit Zeitungspolemiken genau so,
wie mit den in Deutschland üblichen Gelehrtenkongressen.
Man spricht dort „für“ und „gegen“ und zum Schlusse
bleibt jeder bei seinem Standpunkt.

Das Publikum freilich, so ferne es denkt, zieht das
Fazit aus den vorgebrachten Gründen und weiß sich
darnach zu richten.

Also möge das Publikum auch in diesem Falle das
„Für“ und „Gegen“ abwägen und sich dann seine Mei-
nung bilden.

Wir sind unklar in unsern Ideen, bemerkt das
„Waterland“, weil wir den Führern von 1848 Sympathien
entgegenbringen, weil wir die Tätigkeit der Helden von
1848 als eine erspriechliche betrachten, indem die genannte
Bewegung die Wege zur Anerkennung des vierten Stan-
des ebnete.

Nun möchten wir hier bemerken, daß dieser Aus-
spruch gar nicht neu ist, ja, daß wir mit demselben
eigentlich ein Plagiat an der katholischen Presse
Deutschlands begangen haben. Wurde ja der Ausspruch:
„Der Sozialismus ist ein Kind des Liberalismus“, seiner
Zeit von der gesammten katholischen Presse Deutschlands
in allen Tonarten abgefangen. Wir haben nichts Anderes
getan, als diesen Ausspruch variiert, denn wir halten ihn
für wahr. Der ursprüngliche Liberalismus, nicht der
heutige Börsejobber-Homunkulus hat uns die Wege ge-
ebnet. Jene radikale Schule, welche die Freiheit der
politischen Meinung und die Gleichheit der politischen
Rechte anstrebt, ebnet uns die Wege, denn ohne poli-
tische Gleichheit und Freiheit, ohne daß die beinahe recht-
lose Masse ihren Einfluß geltend machen kann, vermögen
wir uns die Lösung der sozialen Frage nicht zu denken.
Wir glauben nicht, daß ein Machtgebot von Oben im
Stande sei, die sozialen Uebelstände zu beseitigen; aber
angenommen, selbst die jetzt herrschende Klasse wäre so
großmütig, wie es seiner Zeit der Adel von Frankreich
war, und würde ihren an den Besitz geknüpften Vor-
rechten entsagen, so wäre dies von keinem Erfolg für die
Ausgleichung der sozialen Uebelstände, denn hiezu gehört
unseres Erachtens das Eindringen der bessern Erkenntnis
der sozialen Frage in die breiteren Massen und die freie
uneingeschränkte Mitwirkung dieser Massen an den staat-
lichen und ökonomischen Funktionen. Nun wird uns
Jedermann zugeben müssen, daß diese hier angeführten
Vorbildungen nur von einer solchen Bewegung uns
verschafft werden mögen, welche sich Erringung der poli-
tischen Gleichheit und Freiheit zum Ziele gesteckt. Das
war eben bei der 48er Bewegung der Fall und darum
erachteten wir es für ganz angemessen, wenn die Arbeiter
jener Männern der Märztag ein teilnahmvolles An-
denken bewahren.

Doch das „Waterland“ umgeht kühn diese Seite
der Frage und legt das Schwergewicht seiner Äußerun-
gen auf unsere Betonung des „vierten Standes“. „In
einer gut organisierten Gesellschaft gibt es keine Stände“,
bemerkte hier das konservative Blatt sehr richtig und wir
pflichten ihm hierin bei.

Allein mit diesem lehrern Aussprüche hat das
„Waterland“ nichts gegen uns bewiesen. Heute gibt es
einen vierten Stand, das Proletariat, und daß eben dieser
ein vierter Stand, und nicht wie Abbe Shues es vom
dritten Stande wollte, Alles ist, das ist's eben, was wir
an den heutigen Verhältnissen auszufügen haben. Der

vierte Stand in diesem Sinne, wie er heute existiert, soll
aufhören und damit alle Standesunterschiede.

Es soll nur nützliche arbeitende Mitglieder der Ge-
sellschaft und keine Drohnen geben. Wer ebnet uns aber
den Weg zu diesem Ziele; allenfalls derjenige, der mit
den politischen Sonderrechten aufräumt, derjenige, der es
ermöglicht, daß die heute nichts wiegende Fal der untern
Millionen ihren gebührenden Einfluß geltend mache. —
Also freie Armbewegung und wer uns zuerst den Knebel
vom Munde nimmt und die Fesseln löset, hat freilich
nur halbe Arbeit getan, uns aber immerhin ermöglicht,
das, was uns gut tut, verrichten zu können. Und darum
hat der Arbeiter immerhin Grund, das Bestreben der
Männer von 1848 zu ehren.

Was das geschätzte katholische Journal in seinen
historischen Auseinandersetzungen behauptet, enthält viel
Wahres, aber nicht die volle und ganze Wahrheit,
denn manchmal gleitet es leichtbeschwingt über manche
Tatsache hinweg. So heißt es unter Anderem: „Das
älteste Rom kannte kein Proletariat und nur in der
späteren kapitalistischen Ära schied sich Besitz und Arbeit“. —
Nun, das heißt ein wenig kühn mit Geschichtsauf-
fassung operieren. Das älteste Rom, so glauben wir,
kannte kein Proletariat, keine Lohnsklaven, aber
dafür veritable Sklaven. Besitz und Arbeit, so glauben
wir, waren im ältesten Rom nicht geschieden, weil
die Arbeitshände selbst, Besitz der bevorzugten
Klassen waren, da doch die Arbeit, ja selbst die Er-
ziehung der Kinder, von Sklaven ausgeführt wurde. Ob
aber ein solcher Gesellschaftszustand so rühmliches Auf-
heben verdient, das bezweifeln wir. Im ältesten Rom
gab es nur leibeigene Sklaven, im spätern kamen prole-
tarisierte Bürger hinzu und daß es soziale Kämpfe ab-
gefeht hatte, muß man eben den Lehrern zuschreiben.

Richtig ist, daß im jäsaristischen Rom die Klassen-
gegensätze schärfere wurden, weil eben der Kapitalismus
Fortritte gemacht, aber darum bot das älteste Rom,
respektive die unmittelbar vorhergehende Epoche, denn doch
nicht das Bild einer gut organisierten Gesellschaft. Der
Kapitalismus von heute proletarisiert diejenigen, die noch
gestern im mäßigen Besitz waren, der Kapitalismus von
heute kennt in seinem Vorgehen keine Schranken, weder
sittliche und moralische und im Vergleiche zu den heutigen
gesellschaftlichen Verhältnissen, waren die mittelalterlichen
denn doch um einen Grad besser. Daraus folgt aber
noch nicht, daß die ständische kastenmäßige Gesellschafts-
gruppierung genau kopiert werden müsse. Nun auch das
„Waterland“ spricht sich nicht dafür aus, vielmehr nimmt
es ganz und voll für unsere wirtschaftlichen Bestrebungen
Partei. Nur sei es uns auch hier gestattet, einiges, was
wir schon längst auf den Herzen hatten, vorzubringen.

Der sogenannte „Haß des Christentums“ und die
„Pfaffenbege“ sind Sportartikel jener Bourgeoisorgane,
die ihren Lesern nichts Besseres aufzutischen wissen, aber
mit der Sozialdemokratie hat derselbe nichts zu tun.
Zum Beweise dessen verweisen wir auf die Haltung der
Sozialdemokratie Süddeutschlands und der Rheingegenden.
In den Reihen unserer dortigen Genossen findet man
noch recht viele gutgläubige Katholiken, die täglich eine
Messe anhören, aber noch nie ist hiegegen von den
religionslosen Sozialdemokraten eine Einwendung gemacht
worden; ja, die abgesonderte katholische Bewegung Süd-
deutschlands hat sich in ihren Bestrebungen so sehr den
unserigen genähert, daß zwischen den sogenannten „Or-
thokaplänen“ und den Sozialisten sich eine vollständige
entente cordiale entwickelt hat. — Aber die Ereignisse
der letzten Zeit haben uns, die wir eine Zeitlang auf-
richtig an den sozialen Bestrebungen der katholischen Partei
glaubten, einige Vorsicht auferlegt. Treu und ehrlich
seinem ursprünglichen Programm der anfänglichen radika-
len sozialpolitischen Richtung, ist der vielgeschmähte
bayerische „Hochkaplan“ geblieben. Jene armselig dotierte
intelligente Kooperatoren-schaar, aus dem Volke entsprossen
und mit dem Volke erwachsen, sie meint es ehrlich, wenn
sie von der Eigentumsordnung des Christentums mit dem
Hinweis auf die urchristlichen kommunistischen Gemeinschaften
spricht. Aber wie sieht es mit den, selbst vom Münchener
„Waterland“ zerzausten Kolstrümpfen aus? Ja, den
hohen Herrschaften war die sozialistische Agitation eines
Stöbel, Sigl, Fusanget zc. zc. ganz recht, so lange man
eben Amboß war. Aber heute haben die Herren des
Zentrums in Berlin den Frack der staatsmännischen Be-
sichtigung angezogen, helfen der Pickelhaube Polizeibüchse
leihen und lassen ihren Bauern und Kaplänen
dahin das leere Nachsehen. Es hat sich eben auch hier
gezeigt, wie das Christentum zweierlei Spielarten anneh-
men kann. Wir hätten das wahre echte kommunistische
Urchristentum, in dessen Lehren manch' goldenes Körnlein
zu finden ist, jenes Christentum, das, wie das „Water-
land“ sehr richtig bemerkt, wirklich den Beruf haben

könnte, jene unvollendet gebliebene Aufgabe, die soziale
Frage zu lösen, wenn nicht das andere Christentum, das
kompromissmachende, das seiner Zeit dem römischen und
heute dem preussischen Zsjarismus Lakaiendienste erweist,
da wäre. Ja, jenes geschätzte Organ, dessen polemischer
Anregung folgend, wir diese Zeilen schreiben, liefert uns
selbst einen Beweis dafür, daß die Partei der kristlichen
Agitation sich in zwei Gestalten zu zeigen pflegt. Das
„Waterland“ bringt in jenen Spalten die gediegensten
radikalsten sozialpolitischen Auseinandersetzungen, bei denen
wir als minderbegabte Publizisten manches kostbare gei-
stige Anlehen zu machen pflegen und siehe da, jene ein-
flußreiche parlamentarische Partei, welche hinter dem
„Waterland“ steht, tut nicht, wie es in ihrem Organ so
schön beschrieven ist, sondern gefällt sich darin, die ein-
seitige Polizeibehandlung jeglicher Arbeiterbewegung gut-
zuheißen.

Wahrlich, das „Waterland“ möge es uns nicht ver-
übeln, wenn wir angesichts dieser Tatsache ein Gleichnis
stellen, das wir aus einem in katholischen Kreisen ver-
haßten Buche schöpfen. Nur bitten wir, das „Waterland“
möge demselben keine gehässige Absicht — die uns wirk-
lich fern liegt — beilegen.

In Sues' „juif errante“ finden wir einen Mann,
namens Mini-Moulin, beschrieben, der bei Tage religiöse
Streitschriften schreibt und bei Nacht im Jardin maubille
Kankan tanzt. Nun braucht das gerade kein Tartüffe,
sondern nur ein Sonderling gewesen zu sein, aber sonder-
bar war sein Gebahren immerhin. Und ebenso eigentüm-
lich ist das Gebahren des „Waterland“, das in seinen
Spalten mit allen engherzigen spießbürgerlichen ökonomi-
schen Ansichten gebrochen und in sozialpolitischer Be-
ziehung radikal ist, abends aber als Organ der gegen-
wärtigen Parlamentsmajorität den reaktionären Kankan
des polizeistaatlichen Maubille tanzt.

Das ist's, was uns und viele Arbeiter gegenüber
der katholischen Bewegung ein wenig kopfscheu macht;
doch sind wir trotz alledem entfernt, den im jenseitigen
Lager verfolgten Bestrebungen jede bona fides abzu-
sprechen. Es gibt Viele im katholischen Lager, — wir ver-
weisen ja oben auf die armen Kapläne Süddeutschlands
— denen es um die sozialen Bestrebungen im Sinne des
kommunistischen Christentums ernst ist, die um einiger
Konzeffionen willen, mit keinem Zsjarismus paktieren,
allein diese Leute werden einst in unser Lager gedrängt
werden, sie werden, so glauben wir, eine zweite in
sozialistischer Verbesserung erschienene Auflage jenes
radikalen Landpfarrerentums sein, das in der ersten fran-
zösischen Revolution so viel treffliche Dienste geleistet.

Dies dürfte schon darum möglich sein, weil ein
einseitiger Haß des Christentums in den Reihen der
Sozialdemokratie faktisch nicht zu finden ist. Die Sozial-
demokratie hat nur dort und dann ihre Fahne gegen
einzelne Vertreter des katholischen Glaubens gezeigt, wo
diese im Gegensatz zu den Satzungen ihrer Religion,
für die Unterdrücker Partei ergriffen. Es war nicht nach
den Satzungen des Christentums gehandelt, wenn z. B.
Erzbischof Darbois, anstatt seines priesterlichen Amtes zu
walten, der Berliner Regierung Spitzeldienste leistete.
Nicht den Bischof als solchen, sondern den Kriegsspion
ließen die Kommunisten nach dem Martialrecht erschießen.

Die Kirche als solche steht außer den Parteien und
wie der (wahrscheinlich dem „Waterland“ bekannte) ita-
lienische Prediger der hiesigen Minoritenkirche sehr richtig
bemerkte, der Katholizismus paßt in den Rahmen jeder
Staats- und Gesellschaftsform. Aber eben darum dürfen
sich die Vertreter des Katholizismus nicht mit einer politi-
schen Richtung identifizieren, ohne von ihrem Glauben
abzufallen. Wenn also die Katholiken, dies tuend, sich zu
Vorkämpfern des Militarismus, Zsjarismus zc. auf-
werfen, so hören sie auf, wirkliche Christen zu sein und
sie werden von uns, nicht deshalb, weil sie in freien
Stunden Auckristen sind, sondern weil sie Prätorianer
sind, bekämpft. So viel zum Kapitel des angeblichen
Christenhaßes der Sozialdemokratie.

Italien.

(Schluß.)

Dieses Projekt war der Zankapfel, der das kleine
italische Volk in zwei Lager teilte. Eine starke Minorität
schloß sich dem Cabot an, während der größere Teil sich
dem Meister feindlich zeigte.

Ein peinlicher Krieg, dessen Entwicklung wir hier
nicht beschreiben wollen, entspann sich und dauerte ein
Jahr lang. Nach dieser Zeit verließen 170 Mitglieder
mit Cabot die Kolonie und gingen nach St. Louis, wo
der Begründer Italias gebrochen durch den Kampf,
den er verursacht, im Jahre 1856 an einem Anfall von
Apoplexie im Alter von 69 Jahren starb.

Diese Ereignisse waren unheilvoll für alle.

Gegenwärtig können wir statt jeder weiterer Einzelheiten, nur erklären, daß, nachdem die Leidenschaften nicht mehr zur Verblendung der Personen beigetragen hatten, die vernünftigsten Mitglieder der beiden Parteien einsehen, daß das Unrecht damals auf beiden Seiten war.

Jene Ikarier, welche der Verlust ihres geliebten Führers nicht entmutigt hatte, gründeten in Cheltenham eine industrielle Kolonie. Aber nach mannigfachen Bemühen einer mutigen Hingebung und einer im Unglücke seltenen Standhaftigkeit waren sie am 20. Jänner 1864 durch die Forderungen eines wucherischen Schalks gezwungen, sich zu zerstreuen.

Die in Nauvoo gebliebene Majorität hatte auch ihren Teil an Unglücksfällen. Hart mitgenommen durch materielle Schwierigkeiten, die Produktion lahmgelegt durch die Krise auswärts, sehend, daß sich die Reihen, aber auch die Finanzmittel bedenklich lichteteten, daß die Kolonie sich immer mehr verschuldet, füllte sie die Gefahr, die in dem Kampfe gegen solche kolossale Schwierigkeiten steckte. Und da die Gläubiger immer mehr drängten, entschloß sich die Kolonie, Alles zu verkaufen.

Der eine von den Gläubigern, Shephard, nahm statt der Bezahlung ein großes Grundstück in Iowa, wo die Trümmer der Majorität vom Jahre 1859 bis 1860 wohnte.

Am 8. September 1860 erhielten die Ansiedler im Staate Iowa eine Verfassung unter dem Namen ikarische Gemeinschaft. Einige Monate später verminderte sich durch mehrfachen Austritt die Zahl der Gemeinschaft auf 35 Personen, Weiber und Kinder mit inbegriffen. Die Ikarier machten sich entschlossen an die Arbeit, scheuten keine Mühe und setzten sich den härtesten Entbehrungen aus, um den Boden ergiebig zu machen. Unvorhergesehene Ereignisse sollten ihnen darin helfen. Die Preisserhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse während des Sezessionskrieges kam ihnen sehr wol zu statten. Außerdem wurden durch einen Verkauf eines Stück belasteten Bodengrundes die Finanzen der Ikarier hergestellt.

Das Inventar Ikarien's mißt am 1. Jänner 1867 ein Vermögen von 300.000 Franks und ein Passivum von nur 20.000 Franks aus. Seine materielle Lage war wol eine gute zu nennen, allein von den moralischen Zuständen konnte man weniger Gutes sagen.

Die Isolierung, die Entbehrungen, die absorbierenden harten Arbeiten und vielleicht das Altern der einzelnen Mitglieder hatten es verursacht, daß die Ikarier ihrer moralischen Mission ganz und gar vergaßen. Wenige kümmerten sich um den sozialistischen Charakter der Gemeinschaft. Das Zeitalter der edlen und idealen Bestrebungen war vorbei, der Wunsch nach dem Besseren erloschen, der innere Fortschritt hatte keinen Reiz mehr. Es ist eben der Egoismus, der konservativ macht. Das Andenken an eine unglückliche Vergangenheit, übertriebene Furcht vor einer ähnlichen Zukunft erzeugen die Stagnation.

Indessen wuchs eine neue Generation heran. Einige alte Ikarier, bei denen das Feuer der Begeisterung noch unter der Asche fortglommerte und kommunistische Versucher der Gemeinschaft verpflanzten in die ikarische Jugend die Wärme der Ueberzeugung und das Licht der sozialistischen Theorien. Immerhin blieb ein Teil der jüngeren Generation unempfindlich diesen Lehren gegenüber.

Der junge Nachwuchs gedieh im Uebrigen herrlich und zeigte nicht mit seiner Sympathie für den Fortschritt und der Verbesserung; diese Scheidung der Ansichten zwischen Jungen und Alten brachte im Schoße der Gemeinschaft eine neue Gruppierung hervor.

Der Kampf der beiden Meinungen war anfangs ein friedlicher, aber wie es leider oft der Fall, mengten sich auch hier persönliche Momente bald in denselben.

Zwei schroff abgegrenzte Parteien stellten sich gegenüber. Es gab Progressisten und Nichtprogressisten oder wie man sie nannte, Jung- und Alt-Ikarier. Im Frühling 1876 brachte die Minorität vor die gemeinschaftliche Versammlung der Ikarier einen Protest ein, in welchem sie gegen die retrograden Maßnahmen der Majorität gegen die Nichtbeachtung der weiblichen Stimmen, gegen die Vergünstigung der Propaganda, gegen die Verfolgungen, welchen die Progressisten ausgesetzt waren zc. Verwahrung einlegten. Gleichzeitig betonte die Minorität ihre Ergebenheit an die Sache, ihren Wunsch, das Ideal Ikarien's, erreichen zu wollen und behufs dieser Ziele aus der alten Gemeinschaft auszuscheiden. Die Majorität widersetzte sich diesem letzteren Begehren.

Nach diesem Zwischenfall kamen vier Internationalisten, die sich zur Aufnahme in der Gemeinschaft meldeten. Nach verschiedenen Hin- und Herreden wurden dieselben aufgenommen. Diese Neugekommenen konnten, je nachdem sie sich für die eine oder die andere Partei entschieden, in diesem den Ausschlag geben. Nun diese brachten einen Ausgleich zwischen den beiden Fraktionen zu Stande. Die Majorität machte nämlich die Konzession, die Neugekommenen aufzunehmen, die Minorität wieder entsagte dieser Konzession zu Liebe ihren Absonderungsgelüsten. Eine Epoche der Ruhe trat ein, welche dazu benützt wurde, das stehengebliebene Räderwerk wieder in Gang zu bringen.

Es kostete große Anstrengungen bis man wieder die Aufnahme Neugekommener durchsetzen konnte. Aber die Kämpfe, die sich im Jahre 1877 hierüber entspannten, jachten auch den alten Streit vom Neuen an.

Am 26. September 1877 erklärte die Minorität von Neuem ihre entschiedene Absicht, aus der alten Gemeinschaft auszuscheiden und einen autonomen Zweig der ikarischen Gemeinschaft zu gründen. Am 6. Oktober legte die Minorität einen Vertragsentwurf vor, der das Verhältnis und die Solidarität der beiden Kolonien bestimmen sollte. Die Gemeinschaft hätte zwei Abteilungen, die aber nur durch einstimmigen Beschluß ganz abgetrennt werden könnten. Die Majorität verwarf auch diesen Vorschlag und damit

die einzige vernünftige Lösung, welche den Wirren Ikarien's ein Ziel hätten setzen können.

Der Krieg der beiden Fraktionen brach zum dritten Male aus. Nach mehreren unfruchtbaren Versuchen zur freundschaftlichen Beilegung des Zwists, mußte sich auf Veranlassung der Minorität die Behörde von Iowa in's Mittel legen, diese bestimmte drei Bürger, um die Liquidation vorzunehmen und entschied sich für die Charte der Ikarier. Einige Monate nachher wurde die Beilegung dieser Angelegenheit einem unabhängigen Komitee übergeben, welches am 15. Februar 1879 ihre Sitzungen mit Herbeiziehung von ikarischen Delegierten abhielt und die Rechte und Ansprüche jeder Gruppe festlegte.

Es trennten sich also die zwei Gruppen vollständig. Zwei vollständig selbstständige Gemeinden wurden gebildet, nur mit dem üblichen Unterschiede, daß zwischen beiden keinerlei Solidarität bestand.

So endigte der ernsteste Konflikt, den Ikarier zu überwinden hatte. Das junge Ikarien schuf am 8. Oktober vorigen Jahres eine Konstitution, welche das Stimmrecht auch den Frauen zuerteilt, die Präsidenschaft aufhebt, die Gemeinde als ein Glied der großen sozialistischen Propaganda erklärt, die Grundsätze des auf den Rationalismus und Erfahrung basierten Sozialismus annimmt und den alten unwissenschaftlichen Sozialismus verpönt.

Die Propaganda ist wieder aufgenommen; die Gemeinschaft besitzt ein Organ: „La jeune Icarie“, (das junge Ikarien). Einige Monate vergingen und die Anzahl seiner Mitglieder hatte sich bereits verdoppelt. Ikarien zählt heute 75 Mitglieder; es hätte deren zweihundert, wenn es möglich wäre, allen Bewerbern Platz zu geben.

Ikarien ist gegründet auf einer Fläche von 850 Acres, deren Hälfte unter Bearbeitung ist, die andere Hälfte besteht aus Obstgärten, Weiden und Waldgrund. Ackerbau und Viehzucht sind bis jetzt die Hauptnahrungsquellen der Gemeinde. Die ganze Gemeinschaft ist mit 7000 Dollars belastet, aber die Ikarier sind der festen Ueberzeugung, daß sie diese Schuld bald getilgt haben werden. Eine Meile westlich von Corning an der Bahn von Burlington zu Council Bluffs liegt Ikarien. Die Entfernung von New-York beträgt 555 Meilen. Die Reise von New-York dahin kostet 22 Dollars, von Paris nach New-York 200 Franks. So viel für diejenigen, die etwa Lust hätten, einen Abstecher nach Ikarien zu machen.

Die Arbeiter-Versicherung der „Patria“.

Die Lebensversicherungsbank „Patria“ hat in jüngster Zeit, angeblich ohne jede Spekulation und Gewinnsucht, nur zum Wohle der arbeitenden Klassen, eine Versicherung in's Leben gerufen, bei welcher jeder Arbeiter gegen wöchentliche Einzahlungen von 10 bis 50 kr. seinen Angehörigen einen festgesetzten, nach seinem erfolgten Ableben fälligen Betrag sichern kann.

Es ist dies gerade nichts neues, da es auch bisher jedem Arbeiter freigestanden ist, seinen Angehörigen bei einer beliebigen Versicherungs-Gesellschaft für sein Ableben eine bestimmte Summe zu versichern und hätten wir kaum dem Unternehmen der „Patria“ eine Beachtung gewidmet, wenn nicht in Vereinen und Fabriken ein Aufruf in Massen zirkulieren würde, welcher von zwei hervorragenden Funktionären des hiesigen Buchdrucker-Vereines und einem Mitgliede des Arbeiter-Spar- und Konsum-Vereines unterzeichnet und einen Artikel des Buchdrucker-Organs „Vorwärts“ enthält, welcher diese Versicherung allen Arbeitern auf das Wärmste empfiehlt und dieselbe geradezu als eine Wohltat für die Arbeiter hinstellt.

Dieser Umstand veranlaßt uns, auf diesen Gegenstand näher einzugehen und vor Allem zu untersuchen, ob und welche Vorteile den dieser „Arbeiter-Versicherung“ Beitretenden eigentlich geboten werden, und vergleichen wir vorerst das Verhältnis der Ein- und Auszahlungen auf Grundlage der uns vorliegenden Tabellen der „Patria“ und anderer Lebensversicherungs-Gesellschaften, wobei wir zum nachstehenden Resultate gelangen:

I. Für einen 21jährigen Arbeiter, der in die Arbeiter-Versicherung der „Patria“ ununterbrochen wöchentlich 10 kr., d. i. jährlich 5 fl. 20 kr. einzahlt, werden nach dessen Ableben fl. 200 ausbezahlt; tritt ein im selben Alter stehender Arbeiter einer Lebens-Versicherung bei, so zahlt er für einen bei seinem Ableben fälligen Betrag von fl. 200, jährlich fl. 3-20 bis fl. 3-50, also in jedem Jahre um mehr als den dritten Teil weniger ein, als bei der Arbeiter-Versicherung der „Patria“.

II. Für einen im Alter von 45 Jahren beitretenden Arbeiter, der wöchentlich 10 kr. zur Arbeiter-Versicherung der „Patria“ zahlt, folgt dieselbe nach seinem Ableben fl. 100 aus; versichert sich ein im selben Alter stehender Arbeiter bei einer Lebens-Versicherung für seinen Tod fl. 100, so zahlt er jährlich fl. 3-60 bis fl. 3-80 ein, während er für denselben Kapitalbetrag bei der Arbeiter-Versicherung der „Patria“ jährlich fl. 5-20, also ebenfalls fast um den dritten Teil mehr einzahlen muß.

Wie in diesen beiden Fällen, verhält es sich mit allen übrigen Alters-Kategorien, daß von den Arbeitern eine um $\frac{1}{3}$ höhere Einzahlung verlangt wird, als bei der gewöhnlichen Lebens-Versicherung und werden wir zum Beweise dessen, nächstens eine diesbezügliche vergleichende Tabelle veröffentlichen.

Nun sollte man meinen, daß in Folge dieser bedeutend höheren Einzahlung vielleicht andere Begünstigungen dem Arbeiter geboten werden, doch ist gerade das Gegenteil hiervon der Fall, was aus Nachstehendem hervorgeht:

Jede Lebens-Versicherung tritt nach Zahlung des ersten Beitrages und Ausfertigung der Police in Kraft, d. h. es besteht keine Wartezeit; bei der Arbeiter-Versicherung der „Patria“ glaubt man dies ebenfalls, wenn man den ersten Punkt der Versicherungs-Bedingungen liest, welcher lautet:

1. Die Versicherung tritt mit der Aushängung des Polizzenbuches in Kraft, sofern der Antragsteller in dieser Zeit noch am Leben und im ungestörten Besitz seiner Gesundheit ist.

Nun vergleiche man diese Bestimmung mit Punkt 6, welcher lautet:

6. Zieht der Versicherte innerhalb der ersten sechs Monate nach Ausfertigung des Polizzenbuches, so wird die Versicherungssumme nicht ausbezahlt; stirbt er im zweiten Halbjahr, so zahlt die Bank die Hälfte der Versicherungssumme und nur wenn die Versicherung mindestens ein volles Jahr in Kraft war, wird die volle Versicherungssumme ausbezahlt, vorausgesetzt, daß die Versicherung durch pünktliche Zahlung der Wochenbeiträge zu Recht bestand.

Ein großes Gewicht legt die „Patria“ darauf, daß der Arbeiter nicht leicht einer Lebens-Versicherung beitreten kann, weil die Zahlungen meistens viertel- oder halbjährig zu leisten sind, und dies der Arbeiter oft mit dem besten Willen nicht eriparen kann, hingegen er jede Woche sehr leicht 10 bis 50 kr. wegzulegen im Stande ist (?); hierbei ist zu berücksichtigen, daß man sich bei den meisten Lebens-Versicherungen auch monatliche Zahlungen leisten kann und einen um $\frac{1}{3}$ niedrigeren Betrag früher einzahlen kann, als einen um so viel höheren; hingegen besteht fast überall eine zwei- bis dreimonatliche Einzahlungsfrist, oder wird wenigstens über Ansuchen gewährt, während die „Patria“ in ihrer „echt demokratischen Bestrebungen“, wie es im Aufsatze heißt, folgende Bestimmung festsetzt:

3. „Durch Nichtzahlung eines Wochenbeitrages wird die Versicherung aufgehoben, doch kann dieselbe innerhalb dreier Monate wieder in Kraft gesetzt werden, wenn der Versicherte einen glaubwürdigen Nachweis über seinen unverändert günstigen Gesundheitszustand beibringt und die rückständigen Wochenbeiträge nachzahlt.“

Diese Bestimmung bedarf wol keines Kommentars und charakterisiert am besten die „echt humanitären Bestrebungen der Patria.“

Ferner sei bemerkt, daß jede Lebensversicherungspolize nach einer bestimmten Frist belebens- oder rückkaufsfähig ist, während die Polizzenbücher der „Arbeiter-Versicherung der Patria“ hieron ausgeschlossen sind.

Wenn nun diverse Tages- und sogar Wochensblätter für die „Arbeiter-Versicherung der Patria“ Propaganda machen, so finden wir es begreiflich, da sich in den Jahresrechnungen der „Patria“ Journal- und Inseratenkosten von fl. 4- bis 5000 vorfinden, wenn ferner beschäftigungslose Arbeiter einen Aufruf unterzeichnen, um dafür eine Agentur, Anwerbe- oder Inkasso-Provisionen zu erlangen, so ist dies zumindest verzeihlich, wenn sich aber bewährte Genossen und Funktionäre des Buchdrucker-Vereines dazu hergeben, ihren Mitgliedern und allen Arbeitern ein solches Unternehmen als eine Wohltat anzupreisen, ja sogar diese „Arbeiter-Versicherung der Patria“ in ihrem Organe „Vorwärts“ auch als ein Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage bezeichnen, so ist dies gelinde gesagt, unverantwortlich und im Interesse der Arbeiterjache bedauerlich.

Haben wir nicht gut organisierte Arbeiterinstitute, welche, wenn das Bedürfnis und dem Arbeiter die Möglichkeit des Beitrittes vorhanden, nicht Besseres zu leisten im Stande sind? Und in welchem Verhältnisse stehen die Verwaltungskosten der Arbeiterinstitute gegenüber den auf Gewinn berechneten Unternehmungen?

Die Verwaltungskosten der „Patria“, als: Gehalte Remunerationen, Repräsentanzen, Journal- und Druckkosten, Tantiemen, Provisionen zc. beliefen sich im Jahre 1878 auf nahezu fl. 100.000, außerdem erschienen in diesem Jahre unter den Ausgaben über fl. 150.000 als restliche Saldo's der Gründungskosten. Anwerbe- und Inkasso-Provisionen zc. auszuweisen!

Wir kommen nächstens auf die uneigennütigen „echt demokratischen Bestrebungen der Patria“ noch zurück.

Politische Uebersicht.

Der letzte „Hochverratsprozeß“ dürfte das den Arbeiterstand noch am meisten interessierende Ereignis sein. — War wirklich ein „Hochverrat“, d. h. eine Verschiebung der staatlichen Verhältnisse zu fürchten? Darauf haben schon die Geschwornen mit Nein geantwortet. Man, dieses „Nein“ wurde aber auch vom Staatsanwälte gehörig vorbereitet, sinnenmalen der Herr Graf Lamezan, der „bei solchen Fällen grau geworden“, erklärte, „drei Ideen können bei uns nie Wurzel fassen!“ Beachtet man mehr, um die Geschwornen zum verneinenden Verdikt aufzufordern, um darzutun, daß kein „Hochverrat“ vorliege. Im Uebrigen hatte der Prozeß auch seine lehrreichen Seiten, wir entnehmen nämlich aus demselben, daß man bei uns sich nicht mißliebiger über das Haus Hohenzollern aussprechen darf. Es drängt sich uns hier unwillkürlich die Frage auf, ob wir denn wirklich schon annektriert sind oder ob man in gewissen Kreisen, wo man dem Bismarck Pionierdienste leistet, schon gar so sehr der Annexion Deutsch-Oesterreichs sicher ist? —

Herr — ein anderes und zwar tröstlicheres Bild! Der wackere Abgeordnete Dr. Kronawetter läßt es nicht nur bei leeren Worten bewenden, sondern schreitet auch manchmal zur Tat. So stellte er im Reichstage den Antrag auf Beseitigung jener Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, mit denen man bis heute mit Vorliebe die Arbeiter bedacht hat. Allein das geehrte Haus ging zur Tagesordnung über. Die Erklärung der Majorität, warum sie den Antrag auf Abänderung der reaktionären Verfassungshandhabung nicht annehme, war eine solche pfäffisch-kasuistische gewundene und von Heuchelei triefende Dreherei, daß wir schon aus Appetitlichkeitsrückichten von der Reproduktion derselben hier absehen müssen.

Konrad Korytynski. In den letzten Tagen des Februars d. J. brachten ausnahmslos sämtliche Bourgeoisblätter Wien's und die ihnen, wie immer in aller Unfalt und allem Unverständnis nachbetende Presse in

der Provinz eine fette Sensationsnachricht, überschrieben „Hartmann in Wien“. So sensationell die Nachricht war, so lügenhaft war der Inhalt. Es wurde in der Nachricht, ohne über die Details, die der Verhaftung zu Grunde lagen, unterrichtet zu sein, die Größe des Verbrechens, die Gefährlichkeit des Verbrechers dadurch zu markieren gesucht, daß dieser „österreichische Hartmann“ in Ketten gefesselt, nach Krakau expediert wurde, um dort zum Teile und zur Ruhe der Menschheit gerichtet zu werden. Der Abschluß der Untersuchung, sowie die von der Krakauer Behörde selbst formulierte Anklage dementiert ohne unser Zutun die freche, erlogene, die Gemüter beunruhigende Sensationsaffäre der Bourgeois-pressen. Das österreichische Gesetz verbietet, irgend etwas über die Untersuchung, obzwar dieselbe bereits abgeschlossen ist, zu berichten; wer sich informieren will, konnte dies aus den Zeugnisaussagen in dem jüngst abgehandelten Prozesse gegen unsere Krakauer Freunde erfahren. Am allerdeutlichsten spricht jedoch, wie schon oben erwähnt, die von der Krakauer Staatsanwaltschaft formulierte Anklage gegen Korybnski, welche nur auf ein Vergehen lautet, und zwar „Verbreitung verbotener Druckschriften“. Im Uebrigen befindet sich unser, nur eines Vergehens angeklagter Genosse noch immer in Haft und wurde der Antrag seines Rechtsbeistandes, nach abgeschlossener Untersuchung bis zur Durchführung der Verhandlung ihn auf freien Fuß zu stellen, abgewiesen.

In voriger Nummer unseres Blattes reproduzierten wir einen Leitartikel der polnischen Zeitung „Gaz“, das Verdikt der Geschwornen im polnischen Sozialistenprozeß betreffend. Heute haben wir nun die angenehme Pflicht, das Antwortschreiben der Krakauer Geschwornen, welches die polnischen Zeitungen am 18. April d. J. brachten, unsern Lesern mitzuteilen:

„Die Zeitung „Gaz“ bespricht in ihrem Leitartikel vom 17. April d. J. das Verdikt der Geschwornen über den in Krakau stattgehabten Prozeß wegen Störung der öffentlichen Ruhe und nennt das Urteil eine soziale, politische und nationale Niederlage, ein deprimierendes Faktum, eine traurige, fast demütigende und nicht im Einklang mit dem jetzigen Verlaufe der großen Wehrsal der polnischen Nation stehende Episode.“

Mit Rücksicht darauf, daß das oben erwähnte Verdikt ohne Rücksicht auf etwaige andere Begründungen einzig und allein nach ihrem Gewissen und unter dem abgelegten Eide abgegeben wurde, betrachten die Geschwornen den oben erwähnten Artikel als eine Verdamnung, weil sie nicht willentlich einen falschen Eid ablegten, damit nur das Urteil im Sinne des Autors oben erwähnten Artikels ausfällt. Noch mehr! In dieser Verdamnung liegt indirekt die Aufforderung an die künftigen Geschwornen, die in die missliche Lage kommen, ein Urteil in ähnlichen Prozessen abzugeben, ihr Gewissen zu unterdrücken, sogar einen falschen Eid abzulegen und unter dem Groll der Verdamnung seitens des Autors oben erwähnten Artikels des „Gaz“ ihre Ehre und ihren guten Namen zu opfern.

Es gibt Beleidigungen, welche dem Beleidigten zur Ehre gereichen, das hängt von der Person ab, welche sich die Beleidigungen erlaubt. Einheiten können die Beleidigung verzeihen, aber Niemand hat das Recht, moralische Personen anzugreifen — und solche moralische Personen sind die Schwürer! Im Namen der beleidigten Institution der Schwürer, im Namen der allein vor Gott verantwortlichen Gewissensfreiheit, behalten wir uns vor, Genugthuung für diese Beleidigungen zu verlangen und protestieren hiermit feierlich gegen die verläumdenden Zimmungen!

Der gesamten Öffentlichkeit überlassen wir jedoch, zu beurteilen, ob wir die verläumdenden Behauptungen des „Gaz“, daß das Verdikt, nach dem Gewissen und unter dem Eide abgegeben, ein Akt ist, welcher mit dem jetzigen Verhalten der größten Mehrzahl der polnischen Nation im Widerspruch steht, gleichgültig hinhinnehmen können. — E. Wittenbaum, J. Rafies, M. Siedlecki, A. Kojmanich, H. Leiter, Fr. Sel, J. Wasak, M. Satb, S. Armolowicz, S. Sawadzki, B. Müller.“

— Aus Deutschland haben wir diesmal so mancher Anrede zu vermelden. Der glorreiche Waffensieg der Hamburger Sozialdemokratie, welche trotz Volksnebelungs-gesetzes eine Armee von 13.000 Wälern in's Treffen stellte, muß jedes Sozialistenherz vor Freude bebden machen. Die vielen unterdrückten Varias, die zahlreich rechtslos gemachten Proletarier Deutschlands, sie werden inmitten der vielen Verfolgungen und Anfeindungen, ihre Blicke zur Walfstätt in Hamburg richten und daraus neuen Mut und neue Begeisterung zu erneuern und unermüdlichen Tätigkeit schöpfen. Der Sieg aus Hamburg klingt uns wie jene Marschweise spielende Musik, die heiter den bereits in's Schwanken gebrachten Truppen des Konvents gespielt wurde und die Schwankenden zum neuen Ringen anspornend, zum Siege brachte. Und so möge gleich der plötzlich schmetternden Marschler Weise, die Freudensbotschaft aus Hamburg jeden sozialistischen Kämpfer zum neuen Ausstehen ermutigen.

Doch, nun nach schmetternden Siegesfanfaren die Fahnen geißelt und die Trommeln gerührt! Einer der Braven der Braven aus den Reihen der Sozialdemokratie ist nicht mehr. Braffe, der einstige Volksvertreter von Glachau-Meerane ist gestorben. Dieser Tage wurden in Braunshweig unter allgemeiner Teilnahme die irdischen Ueberreste Braffe's zu Grabe getragen. Kein Priester war zu sehen, keine Litanei zu hören, aber eine Menschenmenge, wie man sie in Braunshweig noch nie zusammen gesehen, folgte dem Leichenwagen. Und wenn auch die Polizei jede Leichenrede verbot, so tut das nichts. Die Leidtragenden bedurften nicht des preisenden Sermons, sie mußten ohnedies, daß einer der edelsten Männer im Sarge ruht.

Aus Parteikreisen.

Wien, 25. April. Wie wir in Nr. 14 unseres Blattes bereits meldeten, fand am 23. April die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Genossen Prager und Doltzer vor dem hiesigen Landesgerichte statt.

Wie aus der Anklage zu entnehmen, haben Prager und Doltzer das vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London herausgegebene Flugblatt „Die Zeiten sind schlecht“ verbreitet und hatte die Staatsbehörde wegen dieser Handlung beide in Anklagezustand mit dem Delikt „Verbreiten des Hochverrats“ gesetzt. Als Präsident fungierte Herr Landesgerichtsrat Schwaiger, als Vertreter der Staatsbehörde Staatsanwalt Graf Lamezan

und als Verteidiger die Herren Dr. Glaser und Dr. Zimmermann.

Der Präsident eröffnete die Verhandlung mit der üblichen Angabe der Generalien seitens der Angeklagten und Prager und verließ sodann das den Gegenstand der Anklage bildende Flugblatt „Die Zeiten sind schlecht“, von dem die Anklage behauptet, daß es zur Verachtung oder zum Hufe wider die Regierungsform des österreichischen Staates aufreize, ferner auf Herbeiführung einer Empörung oder eines Bürgerkrieges im Innern des Staates angelegt wäre. Der Präsident befragt hierauf den Angeklagten Doltzer, ob ihm der Inhalt dieser Schrift bekannt sei, worauf der Angeklagte bemerkte, daß er, obwohl drei Tage im Besitze derselben gewesen, den Inhalt dennoch nicht kenne. Auf Befragen, wie er zu jenen Blättern kam, gab Doltzer an, dieselben von einem ihm nicht näher bekannten Manne mit dem Bemerkten erhalten zu haben, daß selbe sehr für das Interesse der Arbeiter geschrieben die Verbreitung befragt zu haben, gibt der Angeklagte zu. Zur Vernehmung Prager's schreitend, erklärte derselbe über Befragen des Präsidenten, daß er den Inhalt des Flugblattes kenne und auch verbreitet habe, glaubte aber nicht gegen das Gesetz verstoßen zu haben, denn derjenige, der nur halbwegs die Geschichte kennt, wird wissen, daß einzelne Personen niemals im Stande waren, Revolutionen zu machen, ebenso keine Macht der Erde im Stande sei, eine solche zu unterdrücken, wenn die Bedingungen derselben vorhanden, ferner geht Prager auf den Inhalt des Flugblattes ein und stellt sich vollkommen auf den Standpunkt des Verfassers. Es entspann sich hierauf eine Kontroverse zwischen dem Staatsanwalt und Prager, worauf letzterer die diversen Anfragen dahin beantwortete, Privatguten besucht zu haben, daß er schon als Kind von Religion nichts wissen wollte, sondern lieber wissenschaftliche Lektüre vorgezogen habe.

Die Zeugenvernehmung förderte, mit Ausnahme des Zeugen Führer, nichts Bedeutendes zu Tage. Die Aussage Führer's ist insofern interessant, als über Befragen des Präsidenten, warum er in Untersuchungshaft sei, zur Antwort gab, er wisse es nicht, es wäre ihm aber sehr erwünscht, einmal zu erfahren, weshalb er verhaftet, alle seine Anfragen diesbezüglich wurden bisher stillschweigend übergangen.

Zur Begründung der Anklage erhält sodann das Wort der Staatsanwalt Lamezan, der in längerer Auseinandersetzung mit teilweise schon von früheren Prozessen her bekannten Argumenten die Schuld den Angeklagten nachzuweisen suchte und die Schuldigsprechung beantragte.

Der Verteidiger Dr. Zimmermann trat mit Wärme für seinen Klienten Doltzer ein und bewirkte auch, wie wir bereits schon meldeten, dessen Freisprechung. Für Prager hatte Dr. Glaser die Verteidigung übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe mit einer Meisterhaftigkeit, die alle Zuhörer auf das Angenehmste überraschte. Er bemerkte unter Andern, daß die österreichischen Arbeiter ihr Verlangen in unzähligen Versammlungen in Form von Resolutionen und Petitionen dem gesetzgebenden Körper zur Kenntnis brachten, bis heute jedoch von all diesen Forderungen noch keine in Erfüllung ging und verweist schließlich auf die erst kürzlich in den Provinzen sich abspielenden sozialistischen Prozesse, die mit Freisprechung der sämtlichen Angeklagten endeten.

Nach erfolgter Applik und Duplik zwischen Dr. Glaser und dem Staatsanwalt zogen sich die Geschwornen zurück, um nach beinahe 1 1/2 stündiger Beratung, die an sie gestellten Fragen zu beantworten. Das Verdikt der Geschwornen lautete bei den drei Fragen (Verbrechen des Hochverrats, der Ruhestörung und des Vergehens der Aufwiegelung) bei Em. Doltzer erste Frage: 8 Stimmen Nein, 4 Stimmen Ja, zweite Frage: 7 Stimmen Nein, 5 Stimmen Ja, dritte Frage: 7 Stimmen Nein, 5 Stimmen Ja; bei Hermann Prager erste Frage: 7 Stimmen Nein, 5 Stimmen Ja, zweite Frage: 6 Stimmen Nein, 6 Stimmen Ja, dritte Frage wurde einstimmig bejaht.

Der Gerichtshof verkündet das freisprechende Urteil des Angeklagten Doltzer; Prager wurde zu acht Monate strengen Arrest und Landesverweisung verurteilt.

Die Anklageschrift erwähnt auch von Dobrodinsky-Langer, der aber weder vorgeführt, noch sonst während der Verhandlung erwähnt wurde. Wie wir erfahren, ist Dobrodinsky bedenklich erkrankt und war dies der Grund seines Nichterscheins bei der Schlussverhandlung.

Die in Untersuchungshaft genommenen Genossen Rubin, Mettenbacher, Futschel und Führer wurden aus der Haft entlassen und die Akten bei letzterem zur weiteren Amtshandlung an das k. k. Bezirksgericht abgetrennt. — Trotzdem befinden sich außer dem verurteilten Genossen Prager, noch immer drei Genossen und zwar die Genossen Schneider, Becker und Blocha in Untersuchungshaft. — Die aus der Haft Entlassenen sprechen hiermit den Genossen für die ihnen zu Teil gewordenen Unterstützungen ihren innigsten Dank aus und erklären, nach wie vor ihre Kräfte der gemeinsamen Sache zu widmen.

Aus Brünn wird uns berichtet: Wie bekannt ist, fand am 21. März bei Adolf Burian und noch anderen Genossen eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt. Bei Adolf Burian wurde die Broschüre „Pryč se socialismi demokraci“ pok „Friasedm desat dni revolucni komuny parizske“ gefunden und Adolf Burian darauf sofort in Haft genommen, wodurch er seine Arbeit verlor und daher seine Familie mit einer 63jährigen kranken Schwiegermutter in größter Not hinterlassen mußte. — Am 23. April wurde ihm der Prozeß gemacht wegen Verbreitung verbotener Druckschriften. Die Gemeinde stellte ihm bei dieser Gelegenheit ein Leumundzeugnis aus, das, um ein möglichst mildes Wort zu gebrauchen, mindestens sonderbar zu nennen ist, denn seine Beteiligung am Arbeiterstreik im Jahre 1875 benützend, heißt es, „er wäre ein Aufheber unter den Arbeitern“. Burian selbst gab zu,

14 Broschüren „Nieder mit den Sozialdemokraten“ verbreitet zu haben, wovon 6 Exemplare übrig geblieben wurden. Diese Broschüre wurde in Prag konfiszirt und das Verbot in der „Brünnener Zeitung“ veröffentlicht, jedoch nur in deutscher Sprache, die der Angeklagte als Slave nicht versteht. Der Verteidiger Sileny sagte unter Andern, daß es ihm unerklärlich sei, warum Burian so lange in Haft behalten wurde. Das Leumundzeugnis der Gemeinde als nicht lobenswert hinstellend, sagte er, wer kann Burian deshalb verdammen, daß er seine Kollegen zur Weiterbildung aufmunterte? Bezüglich der Forderung der streikenden Weber, wo Burian nicht im Hintergrunde blieb, sei zu bemerken, daß in jener Zeit, nicht nur die an Hungerlöhne gewöhnten Weber, sondern auch Lehrer, Beamte, ja jetzt sogar Geistliche haben das Gleiche getan und es wird Niemand einfallen, sie deshalb Aufheber zu titulieren. Dem Verteidiger wundere es gar nicht, wenn die Arbeiter nach höheren Löhnen rufen, da der unermessliche Reichtum der Fabrikanten ihnen klar und deutlich zeigen mußte, daß eine Lohnerhöhung nicht unmöglich sei. Zum Schlusse sagt der Verteidiger, seinen Klienten nicht als einen gefährlichen Menschen anzusehen, sondern in ihm einen ruhigen, um seine Rechte kämpfenden Staatsbürger zu erblicken. Burian wurde zu einer Geldstrafe in der Höhe von zehn Gulden verurteilt.

Aus Währen schreibt uns ein Abonnent: Seit Kurzem in meiner Heimat angekommen, erfreue ich mich hier in Rebedorf schon der besonderen Gunst einer vorsorglichen Behörde. Als ich die erste Nummer der „Zukunft“ zugesandt erhielt, fand es die Post für angezeigt, anstatt dieselbe mir, dem Adressaten, auszuliefern, dem k. k. Bezirksgericht in Jmoutau zu übermitteln. Natürlich ging der fromme Wunsch des betreffenden Postbeamten nicht in Erfüllung und erhielt ich, ohne daß mir ein Prozeß gemacht wurde, auch wieder mein Blatt von der hohen Behörde richtig zugestellt. Zwei Schandarmen erschienen während meiner Abwesenheit vom Hause bei mir und forderten das Buch, welches ich von Wien erhalten haben soll. Als sich aber herausstellte, daß nur ein Blatt angekommen, gaben sie sich zufrieden und gingen ihrer Wege. Ich hätte dieses harmlose Blatt „Zukunft“ nie für so gefährlich gehalten, aber es muß doch so sein, wenn schon ein einziges Blättchen so viel Staub aufwirbelt.

Preßburg, im Mai. (Ein Gewaltakt gegen die Presse in Ungarn. Wer da dachte, die Pressefreiheit existire in Ungarn für alle Parteien der hat sich einer großen Täuschung hingeeben. — Die am 27. April d. J. in Preßburg vor dem Gerichtshof abgehaltene Schlussverhandlung gegen das sozial-ökonomische Volksblatt „Die Wahrheit“ endete mit der Unterdrückung desselben und Verurteilung des Redakteurs Karl Hanslitschek zu acht Tagen Kerker, sowie 30 fl. Geldstrafe, — weil angeblich die „Wahrheit“, Artikel politischen Inhalts gebracht, zu welchem es ohne Kauzionsleistung nicht berechtigt gewesen.

Wir wollen die beanstandeten politischen Artikel durchaus nicht näher untersuchen und annehmen, die „Wahrheit“ hätte sich wirklich mit politischen Tagesfragen beschäftigt, und außer seinen sozial-ökonomischen Artikeln auch politische gebracht, so räumt das im Jahre 1848 von dem ungarischen Landtag in's Leben gerufene und heute noch in Kraft bestehende Preßgesetz einen Gerichtshof, noch immer nicht das Recht ein, einem Blatt, daß nur auf sozial-ökonomischer Basis ruht, das Forterschreiten zu untersagen. Es kann den verantwortlichen Redakteur zur Rechenschaft ziehen, ihn bestrafen, aber das Verbot für das Weitererschreiten auszusprechen, ist ein Gewaltakt, der in den Annalen der ungarischen Preßfreiheit aufgezeichnet zu werden verdient.

Macht geht vor Recht und wir müssen uns ersterer beugen, auch dann, wenn ein Gerichtshof das vom Landtag gewährleistete Recht illusorisch macht — weil die arbeitende Klasse Ungarns keine Macht, folglich auch kein Recht hat.

Höchst komisch wirkte für den sozial-ökonomisch, wissenschaftlich Gebildeten in der ganzen Verhandlung gegen die „Wahrheit“ das Bemühen, sowohl des Vorsitzenden, als auch des Staatsanwaltes — aus rein sozial-ökonomischen Fragen Politik herauszugrubeln, so z. B. sah der Vorsitzende, Gerichtsrat von Perzel, von dem doch vorausgesetzt werden muß, daß er eine Universität absolviert, in dem Satze: „Die Bourgeoisie schindet das Volk bis auf's Blut;“ ferner in dem zweiten Satze: „Die Judenliteratur sieht in der Rede Istoczy's eine Hege gegen die Juden; letztere sind aber in der liberalen Ära oben auf, während die Geheften in den unteren Schichten der Gesellschaft zu suchen sind. Geheft wird heutzutage das arbeitende Volk, verjagt von Haus und Hof wird der arme Bauer; vertrieben nach der Ernte wird der fleißige Landmann, ausgezogen, gepöndelt und seines Herdes beraubt wird der Kleinhausler von den abscheulichen Wucherern“ — hohe Politik.

Ebenso kann der Staatsanwalt trotz seiner absoluten Rechtsstudien in der Blutsteuer und was mit selber verbunden, — nichts erblicken, was nur im Entfernnten mit der Sozial-Ökonomie in Verbindung gebracht werden kann. Wir wollen uns durchaus nicht der Aufgabe unterziehen und diesen Herrn erörtern, weshalb gerade der Wucher und die Blutsteuer eine große Rolle in der Sozial-Ökonomie spielt nur dies wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß alle Glieder der arbeitenden Klasse, die sich der sozialen Bewegung angeschlossen, selbst wenn sie auch nur 4 Normalklassen absolvierten, dies den Herrn Staatsanwalt ganz gut definieren könnten, weil jeder Sozialist bestrebt ist, durch Selbststudien nachzuholen, was er in der Jugend — durch Unistände gezwungen — veräumte.

Der Herr Staatsanwalt konnte dies auch ganz gut aus der Antwort des Beklagten entnehmen, der hierauf Folgendes erwiderte: „Es ist hier überhaupt von der unproduktiven Klasse die Rede. Man muß nämlich die Sache so ansehen, daß die ganze Gesellschaft von Waaren lebt; diese Waaren müssen erzeugt, produziert und bearbeitet werden. Eine Klasse der Gesellschaft muß arbeiten, um diese Waaren zum Verbrauch herzurichten. Das sind die Arbeiter, diese arbeiten; das Militär aber arbeitet nicht, und doch muß es leben; man sieht also, daß auch diese Frage in den Bereich der Sozialökonomie fällt.“

Was jedoch dem Ganzen die Krone aufsetzte, war die Frage des Vorsitzenden an den geklagten Redakteur, was er eigentlich unter Politik verstehe? Statt, daß man ihm die Politik aus den Artikeln, wegen dem er in Anklagestand versetzt wurde, nachgewiesen hätte, wollte man von ihm wissen — was Politik ist. Gab doch der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer selbst zu, daß er nicht in der Lage sei, das Wort Politik näher erklären zu können.

Ja, ja, das Wort Politik ist ein großes Rätsel. — Es findet oft Anwendung auf unbedeutende Dinge.

Wenn z. B. ein Schusterjunge den Passanten auf der Gasse ein Schnippchen schlägt und dieselben es erst bemerken, wenn der Schelmstreich gelungen, so sagt man, dieser Junge mußte den Schelmstreich politisch vorbereiten.

Wenn ein Gründer und Börsenspekulant sehr viele Leute um ihr Hab und Gut betrogen, ohne daß er mit dem Strafgericht in Berührung kommt, so wird man auch ganz richtig sagen können, daß dieser Herr von, bei seinen Geschäften sehr politisch zu Werke gegangen. Wenn aber ein Staatsminister die Kollegen des Nachbarstaates über den Köffel barbiert — so ist dies wahrscheinlich ein höherer politischer Kasirer oder die hohe Politik.

An die Parteigenossen!

Wie den Genossen bereits bekannt sein dürfte, befinden sich einige Genossen in Haft und tritt an uns die Pflicht heran, dieselben zu unterstützen.

Möge daher jeder Genosse sein möglichstes beitragen. Josef Hybes.

Briefe und Gelder sind zu senden an J. Hybes, Rudolfshheim, Neugasse 15.

Aus dem Vereinsleben.

Floridsdorf. Samstag den 3. April fand die Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines statt. Der Kassier berichtet über einen derzeitigen Kassenstand von 5 fl. 76 kr. und daß der Verein 136 Mitglieder zält. Einnahmen seit der letzten Generalversammlung vom 30. August 1879 fl. 7 kr., Ausgaben 129 fl. 31 kr. Unterrichtsaktion berichtet, daß sich 65 Schüler an dem Zeichenunterricht beteiligten. Bibliotheksaktion gibt bekannt, daß die Bibliothek von den Mitgliedern stark in Anspruch genommen und daß 5 fl. 86 kr. an Strafgeldern eingenommen wurde; ferner wurde dieselbe um folgende Bücher vermehrt: „Deutsche Weisheit“, „Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft“ von Kautsky, „Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung“ von Brentano und die „Handausgabe der österreichischen Gesetze und Verordnungen“. Gespendet wurde von Frau Görsch: „Die Neue Welt“ (5 Jahrgänge), „Die goldene Legende“ und „Arbeiterlebensbuch“ von Cassale. Zeitchriften liegen auf: „Volksfreund“, „Zukunft“, „Arbeiterfreund“, „Fachsblatt der Metallarbeiter“, „Wahrheit“, „Boudocroft“, „Delinict Pity“, neu abonniert wurde das slavische Blatt „Bokobon“, dem Vereine gespendet, das Buchruderorgan „Vorwärts“. — Zum Schluß hielt Jos. Groger einen Vortrag über „Darwin'sche Theorie“, welcher von den zahlreich Anwesenden mit großem Beifalle aufgenommen wurde.

Böslau. Samstag den 3. April hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine halbjährige Generalversammlung ab. Genosse Kaufner als Obmann erteilt zum ersten Punkte der Tagesordnung dem Kassier Horwath das Wort. Derselbe berichtet über den Stand der Kasse, daß ein Saldo mit 146 fl. 6 kr. vom vorigen Halbjahr blieb, dazu Einnahmen 189 fl. 95 kr., in Summa 335 fl. 1 kr.; Ausgaben im verfloffenen Halbjahr 222 fl. 34 kr., mithin eine Mehrauslage von 33 fl. 39 kr., bleibt Saldo für das nächste Halbjahr 112 fl. 67 kr. Ferner wurde berichtet, daß der Verein 80 Mitglieder zält und 11 Zeitungen, die im Vereinslokal aufstiegen, abonniert hat. Die Unterrichtsaktion berichtet, daß drei Unterrichte, und zwar für Anfänger im Elementarunterricht, für weiter Fortgeschrittene im Lesen und Schreiben und in Geographie stattfanden. Die Unterrichte finden Dienstag und Donnerstag statt. Das Revisionssomitee berichtet, alle Ausweise in Ordnung befunden zu haben. — Die Vornahme der Wahl der Vereinsleitung ergab folgendes Resultat: Wenzel Bernaschek, Obmann, Jg. Kaufner, Obmann-Stellvertreter, Reicha, erster Schriftführer, W. Busch, zweiter Schriftführer, W. Gsch, erster Kassier und F. Willinger, zweiter Kassier. Ausschüsse: L. Schmidler, J. Madefka, J. Silora, F. Fuchs, J. Gaderabed, J. Mallet, F. Schimons, J. Wichter und J. Mendler.

Römerstadt. Halbjährige Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines. Vorsitzender Florian Kneifel. Nachdem der Schriftführer das letzte Versammlungsprotokoll verlesen, folgt das Referat der Sektionen, und zwar von Gustav Stöck für die Finanz, von Josef Julge für die Bibliothek, von Josef Widmann für die Kontrolle und Adolf Richter für die Revision, worauf Herrmann Wankle die Tätigkeit des Vereines in den verschiedenen Zweigen, des Gesanges, Rechnens etc., hervorhebt und die Mitglieder zum weiteren Besuch der Lehrstunden auffordert. Weiters wissenschaftlicher Vortrag von Edmund Schmidt und Josef Julge; dann wird die Veröffentlichung des Berichtes der Versammlung angenommen und da keine weiteren Anträge gestellt werden, so wird die Versammlung geschlossen. W i l h. S t r a u d, Schriftführer.

Literarisches.

Ueber die Rechtschreibung im Deutschen.

In der Schule lernen wir so Vieles, was wir im praktischen Leben nicht brauchen, wir lernen Dinge, die ganz wertlos, auch solche, die falsch und unrichtig sind. Würde die Zeit, die darauf verwendet wird, zur Erlernung von Gegenständen praktischen Wertes benutzt werden, unsere Jugend würde ganz anders die Schule verlassen, als sie es jetzt tut. Im Ganzen und Großen ist eher ein Rückschritt als ein Fortschritt zu erwarten. Nur in einem Punkte ist der Wille etwas im fortschrittlichen Sinne zu ändern vorhanden: in der Reform der Rechtschreibung. Doch auch hier nur halb und nicht radikal. — In der ersten Stunde des Rechtschreibunterrichtes lernen wir als Hauptregel: „Schreibe wie Du hörst“. Würde aber einer sprechen, nicht man schreibt, so würde er verachtet und nicht verstanden werden, denn wer hört die vielen e nach dem t, wie in nieng, die vielen h nach den Selbstlauten, wie in steht, oder gar die nach dem t, wie in Theodor, wer hört die zwei o im Worte Moor. — Sehr viele dieser Eigentümlichkeiten

in der Rechtschreibung finden in der Geschichte der deutschen Sprache ihre Erklärungen: teils wurden die stummen Laute in früheren Perioden ausgesprochen, wie im 13. Jahrhundert, wo man z. B. ziene schrieb und sprach, teils finden sie ihre Erklärungen in Entlehnungen aus fremden Sprachen, in denen diese Buchstaben ausgesprochen wurden, wie das h nach dem t in den vielen mit „Theo“ beginnenden Eigennamen, die aus dem Altgriechischen entlehnt sind.

Niemand aus dem Volke aber weiß, warum „nieng“ mit te, warum „Theodor“ mit th geschrieben wird, keiner kann von den vielen unbedeutenden, die wenigen berechtigten Ausnahmen von der Regel „sprich wie Du hörst“, scheidet. Sprachgeschichtlich richtig zu schreiben, hat jedoch nur für den Fachgelehrten einen, wenn auch geringen Wert.

Für das Volk und für die Schule hingegen ist eine einfache, folgerichtige und deshalb leicht erlernbare Rechtschreibung eine dringende Forderung. Die endliche Bewahrheitung des Satzes: „Schreibe wie Du hörst“, würde zu einer großartigen Zeitersparnis für den Schüler, für den Lehrer und überhaupt für Jeden aus dem Volke werden.

Die Bücher würden billiger werden, die Erlernung unserer Sprache für Fremde erleichtert und in der Zeit, in der der Schüler die geistigsten Regeln und Ausnahmen der deutschen Sprache lernt, würde er viele für das Leben nützliche Kenntnisse sich erwerben können.

Die Regeln der Rechtschreibung würden in einigen wenigen Stunden erlernt sein und Fehler fast nie vorkommen, während jetzt eine große Anzahl von Leuten, die acht Jahre in der Schule gewesen war, gegen die Rechtschreibung felt.

Aus diesen Gründen empfehlen wir das vom hiesigen Verein vereinfachte Rechtschreibungs ausgegebene Flugblatt allen unseren Lesern auf das Angelegentlichste und wollen hiemit einige Auszüge unserer Lesern mitteilen.

Die Regeln der foneitischen (d. i. lautgetreuen) Schreibung sind folgende:

Man schreibe für c, k, q, wenn sie wie k ausgesprochen werden und immer für d k, für ph und v, wenn es für f ausgesprochen, f, für das weiche s schreibe man s, für das harte s ss, für das c und für t, in den Fällen, wo sie wie z ausgesprochen werden, schreibe man z, für q immer c, für w und v, wenn es wie w ausgesprochen wird, schreibe man v, welches Zeichen bei allen Kulturvölkern für w gebraucht wird, für ch, in dem weder das c, noch das h gehört wird und für sch, in dem auch keiner der drei Buchstaben gehört wird, schreibe man eigene Zeichen, für ch, das dem h sehr ähnliche h, für sch s. Große Anfangsbuchstaben schreibe man nur nach einem Satzabschlusse, bei allen Eigennamen, (wie Ferdinand, die Römer), bei Eigenschafts- und Jalwörter, die zu Eigennamen geworden sind, (wie Alexander der Große, Josef der Zweite), und in Briefen in der Anrede (Du, Sie). Da sich jetzt alle Kulturvölker der Lateinschrift, die sehr viele Vorzüge hat, bedienen, und wir keinen Grund haben, zwei Schriften zu gebrauchen, so schreibe und drucke man nur in Lateinschrift. — n.

Im Verlage von J. A. Dirnböck's Buchhandlung (G. Draudt), Wien, I. Bez., Herrngasse 3, ist erschienen: **Verteidigungsrede im Prozeß der polnischen Sozialisten von Dr. Jos. Rosenblatt**, überlegt von Edmund Witekiewicz.

Eingesendet.

Wien, den 8. April 1880.

Gehrte Redaktion!

Im Interesse der Internationalität fülen wir uns veranlaßt, über den Artikel „Aus dem Lande der Bidelhaubenkultur“ in Nr. 12 vom 21. März d. J. Ihres geschätzten Blattes, uns einige Bemerkungen zu erlauben.

Die im oben bezeichneten Artikel entholtenen Notizen finden wir nicht übertrieben und es ist gewiß zu bedauern, daß im neunzehnten Jahrhundert noch solche Zustände bestehen, nur finden wir die Ausdrücke: „das Volk der Denker“, sowie „das Volk, das mit dem Schulmeister von Sabowa gar so prozig tut“ (ob letzterer Ausdruck von Seite der Preußen-Deutschen gerechtfertigt ist oder nicht, wollen wir nicht erörtern; ist übrigens am verfloffenen Montag bei der Volksversammlung gesehen) zu allgemein gehalten und kann in Folge dessen leicht einen nicht näher mit den Verhältnissen Vertrauten, zum Nationalhaß verleiten und auf diese Weise die Agitation, was doch die erste Pflicht eines jeden Genossen ist, wenn die Wiege deselben — was doch Sache des Zufalls ist — in Preußen-Deutschland gestanden, erschweren, wenn nicht zur Unmöglichkeit machen.

Wir sind weit entfernt, zu glauben, es sei absichtlich geschehen, wogegen übrigens die Notiz aus Deutschland unter der Rubrik „Politische Uebersicht“ in oben bezeichneter Nummer spricht, nur sind wir der Ansicht, daß zu den oben bezeichneten Ausdrücken eine nähere Erklärung oder Bezeichnung der maßgebenden Kreise oder Klassen am Plage gewesen wäre, denn den deutschen Sozialdemokraten, überhaupt dem Proletariat kann man, so viel uns bekannt ist, so etwas nicht unterziehen, wie im zitierten Artikel angeführt ist. Die preußisch-deutschen Genossen tun gewiß, was bei der heutigen gesellschaftlichen Ordnung, respektive Unordnung möglich ist. Mit sozialdemokratischem Gruß

Mehrere Genossen.

Anmerkung der Redaktion. Diese würdig gehaltene Zuschrift erfüllt uns mit Genugtuung, denn sie beweist, daß unsere Genossen nicht kritiklos die Arbeiten ihrer Redakteure lesen und jubeln, was Unfähigkeit der Polemik anbelangt, den Herren Bourgeois ein Muster abgeben könnten. Wir brauchen wol nicht zu sagen, daß, um den Ideenaustausch reger zu machen, uns Zuschriften, wie die obige, immer willkommen sind. Uebrigens, um auf diese zu kommen, können wir wiederholt betonen, daß unter Volk, das mit dem Schulmeister prallt, nur die zaristisch gefärbte herrschende Klasse gemeint sein kann, da doch Jedem bekannt sein dürfte, wie es gerade die Sozialdemokraten Preußen's waren, welche die hohlen Klunkerreden der Bourgeois geißelten und im Gegenteil zu den Bidelhaubenmännern, die Mängel der preussischen Volksschule aufdeckten. Daß wir die preussischen Pratorianer, die ein strebames und ehrliches Volk in's Joch beugen, mit rücksichtsloser Schärfe angreifen, werden uns, so glauben wir, selbst die Genossen aus Preußen eben aus Internationalität verzeihen. Im Uebrigem greifen wir die Reaktion aller Nationen an, wie Sie aus sämtlichen Nummern dieses Blattes erleben.

Greidsdorf, im April 1880.

In dem von hier eine 1/4 Stunde entfernten Orte Weigelsdorf befindet sich eine Parchentfabrik der Firma Boschan und will ich mir heute zur Aufgabe machen, den Lesern der „Zukunft“ ein getreues Bild über die Lohnverhältnisse der Arbeiter in jener Fabrik zu geben. Vor einigen Jahren zalte die besagte Firma den an's Hungern von jeder gewöhnten Webern doch noch so viel, um wenigstens das nackte Leben zu fristen. In letzterer Zeit hingegen folgte eine Lohnreduzierung auf die andere, bis schließlich der Lohn für 14 Tage 3 fl., bei sehr fleißiger Arbeit höchstens 4 fl. betrug. Was war daher natürlicher, als daß den Leuten, die von den wärmenden Sonnenstrahlen nicht satt werden konnten, doch einmal die Geduld reifen mußte, um den fortwährenden Lohnmängeln ein „bis hierher und nicht weiter“ zuzurufen.

Es war am 12. April als mehrere junge Arbeiter früher als gewöhnlich der Werkstätte zuschritten. Diesmal aber, anstatt das Tor dieses Hungerturmes zu überschreiten, vor demselben postierten. Ein geheimnisvolles Flüstern ging von Mund zu Mund, einzelne Ausrufe, als „wir können von der Luft nicht leben“ und andere mehr, wurden laut und je mehr sich Arbeiter ansammelten, desto mehr wurde das ursprüngliche Geplüster zum allgemeinen Gesprächstema und laut und offen verkündigten nun alle, unter solchen elenden Lohnverhältnissen nicht weiter arbeiten zu wollen.

„Sollen wir arbeitend Hungers sterben?“ sagten einige junge Arbeiter und mehrere ältere, die bis dahin noch gesaubert, erklärten sich nun auch bereit, mitzutun und dies das Resultat der Besprechung — die Arbeit einzustellen.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Arbeitseinstellung und gelangte auch so zum Direktor der Fabrik, der seinerseits schleunigst herbei kam, um die drohend aufsteigende Wolke, vom Himmel der Ausbeutung zu bannen. Als ihm die Arbeiter mit von Angeficht zu Angeficht ihr Begehren um höheren Lohn erklärten, meinte derselbe, er könne diese Forderung nicht so ohne weiteres akzeptieren, doch sollen sie nur arbeiten, er wolle indessen den Chef telegraphisch verständigen. Natürlich gingen die Arbeiter nicht an Weim und beharrten bei ihrem Entschlusse, die Arbeit unter solchen elenden Verhältnissen nicht wieder aufzunehmen, ja sie sammelten selbst so viel Geld, um ein Telegramm nach Wr. Neustadt abzugeben zu können. Inzwischen sollte es natürlich nicht an obrigkeitlichen Schutz und neuen Schandacten talen ihr Wohlwiltiges, um die Arbeiter zur Arbeit zu bewegen, diese erklärten hingegen, „von der Luft nicht leben zu können“ und so mühten die Herren mit der entwidelten Weisheit à la Salomon wieder abziehen. Nächsten Morgen kam der Herr Chef, der die höflich grüßenden Arbeiter höchst ungnädig empfing und denselben eine lange Strafpredigt hielt. Mittlerweile langte eine Kommission aus Wr. Neustadt an und hartten indessen die Arbeiter der Dinge, die da kommen sollten.

Zum Schluß wurde der Friede geschlossen und soll jeder Arbeiter die Woche 3 fl. erhalten, natürlich nicht ohne die Frage des Daraufhaltens von Seite des Herrn Chef. Trotzdem sollen 36 Arbeiter gesonnen sein, unter diesen Verhältnissen nicht weiter arbeiten zu wollen.

Also 3 fl. für einen Familienvater als wöchentlichen Verdienst. — Armes Volk! Und da erzählt man noch immer, daß drüben über'm Meer es Arbeiter gibt, die so bedürfnislos sind, daß es staunenswert ist. Man nennt dieselben Kuli. — Ueber warum über's Meer schweifen, um ein Kapitel über Bedürfnislosigkeit zu schreiben — haben wir doch in unmittelbarer Nähe der Residenzstadt, wie Figura hier zeigt, Leute mit gezwungener Bedürfnislosigkeit, die der regsten Fantastie spottet.

Ausweise.

Für Genossen Emil Kaller-Beinthal sind eingegangen J. 2. — 10, den Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Genossen in Salzburg nicht 1.— Summa 1 fl. 10 kr.

Nr. 70.

Für die Familien unserer verstorbenen Parteigenossen sind folgende Beiträge eingelaufen:

Fischgesellschaft bei Schumann 1.33, Stadler 10, Kirchengast 10, Bernerd 10, J. 10, Habziger 40, Budilowetz 40, Jelinek 20, Schuffer, Judenburg 40, Traub 20, Greiner 20, D. 10, Stern 20, Madel 20, durch Columbus 1.75, Braun 12, Saboteky 10, Franz Domes 20, Adolf Pöbeter 10, Kubelied 14, Wilitz Jos. 10, Gorton 10, Babinger Franz 10, Friebl 10, J. Hanjo 10, Kupelch Georg 10, Krepella 10, D. Kraus 10, Samauf 10, Wolinkalek 10, Jintichy 10, Sunkel 30, Fischgesellschaft von Hutmachern 1.—, Arbeiter vom Museum 9.96, Traub 20, Greiner 20, Rangl 20, roter Club, 8. Bez. 1.12, Marusched 15, Bürges 10, durch Maschel 50, Kürschner durch Ransburg 1.—, Mannschararbeiter Wien's 5.—, Genossen Aggersdorf 4.55, Tischler Wien's durch Solar: Werkstätte Döbl durch Jintichy 1.10, Janda durch Nowotny 1.30, Sammlung durch Spahl 85, J. Kruba 50, Joh. Zipperer 50, Obst 25, Geier 25, Schneider Wien's 18.—, Tischgesellschaft durch Schmaler: Schüler 5, Plocek 5, Schwary 5, Piel 5, Baier 5, Hrebitowky 5, Altman 5, Pechan 5, Silber 5, Schmaler 10, Genossen Böslau 2.11, Tischgesellschaft durch Rauchbauer 60, Vater'schen Arbeiter durch Lichy 50, Sattler durch Bauer 3.42, J. R. 50, Floridsdorf: Neufang 10, Runkner 6, Ungenannt 14, Tröstl 60. Summa 63 fl. 14 kr.

Zur Unterstützung der „Zukunft“: Ludwig 4, Habziger 40 Saboteky 10, Ungenannt aus Wähen 60. Summa 1 fl. 14 kr. Schuldtilgung des „Sozialist“: Braun 20.

Briefkasten.

Redaktion: Mayer, Sainburg: Nächste Nummer, für diesmal zu spät. — Wegen Raumangel mußten mehrere Berichte für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administration: Anton Daul, 40 kr. Rest erhalten. — Schnaufert, Freudenthal: Nr. 14 bereits abgehandelt. — Werten Daul für Ihre Bemühung. — W. G.—I, Tepitz: 2 fl. erhalten.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 24. Mai 1880, 1/8 Uhr abends findet die Monatsversammlung mit der Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten statt.

Frühmontag den 17. Mai, findet ein

Ausflug

der Schuhmacher Wien's mit Musikbegleitung nach der Seifenalpe statt. Zusammenkunft im Gasthause zum „weißen Engel“, Neulerchenfeld, Gartnergasse 15. Abmarsch 7 Uhr früh. Teilnehmerkarten à 20 kr. sind zu haben in der Schuhmacher-Gewerkschaft.

Au die Tischler Wiens.

Den Mitgliedern des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler diene hiermit zur Kenntnis, daß vom 23. Mai der neue Kurs im Zeichenunterrichte jeden folgenden Sonntag von 8 Uhr morgens bis 1/2 12 Uhr stattfinden wird.

Auffg. Der Arbeiter-Bildungsverein in Aulzig (Böhmen) gibt bekannt, daß derselbe laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. März 1880 seine Tätigkeit bis auf Weiteres eingestellt hat und sein Vereinsvermögen samt Inventar an den Arbeiterverein „Fortschritt“ abgetreten hat. Zugleich geht an alle Vereine und Genossen, die mit dem Bildungsverein bisher in Korrespondenz gestanden, das freundliche Ersuchen, sich weiterhin an die Adresse des Volksvereines „Fortschritt“ in Aulzig („Königs-höhe“) zu wenden. Mit brüderlichem Gruß

Für den Arbeiter-Bildungsverein: Wenzel Waic, Obmann. Wilh. Gerner, Schriftführer.

Dankagung.

Der überaus fortschrittliche und schulfreundliche Arbeiter-Bildungsverein Knittelfeld übermittelte der Volksschule Knittelfeld namhafte Beträge als Ergebnis von Dilettanten-Theater-Vorstellungen zum Zwecke der Unterstützung armer Schullinder.

Die unterzeichnete Schulleitung fült sich angenehm veranlaßt, für diesen lobenswerten Akt der Völltigkeit den höflichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Leitung der Volksschule Knittelfeld, am 2. April 1880.

Glanzer, Oberlehrer.

Als zweiter Mitbewohner eines separierten Kabinetts wird ein Genosse gesucht. Adresse: Joh. Neubauer, Neu-Jünshaus Michaelergasse 14. [5]

Adressen der Herausgeber der „Zukunft“:

Jos. Barbord, V., Hundstürmerstraße 89, 2. Stg., 1. St.

Herausgeber und Verleger: Andreas Grosse, Josef Hybes, Josef Barbord.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Barbord.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.